

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Riesa,
Herausf. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Stroßasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 214.

Montag, 12. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Besondere Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Empfang der Parteiführer verschoben

Heute nachmittag Regierungserklärung im Reichstag.

Protest gegen die Politik.

Die politische Entwicklung ist in den letzten Tagen in Deutschland so unter Druck gesetzt worden, daß der weiße Dampf aus allen Sicherheitsventilen riß. Besonders in Berlin ist die Spannung unerträglich. Der Chor musikus der Warner, Berater und Propheten hinter den Kulissen schwillt immer mehr an. Aus allen vorderen und hinteren Gräben der Reichsregierung von Papen liegt — kriegerisch gebrochen — Trommelfeuer. Die neue Woche soll nun die Entscheidung bringen. Wie wird sie aussehen?

Wir wollen uns jetzt nicht mehr mit Einzelheiten aufhalten. Viel zu viel widersprechende Nachrichten mußten in den letzten Wochen durch die Zeitungen gesetzt werden. Es gab kaum einen Tag, an dem nicht die Ereignisse des Vortages ins Gegenteil verkehrt und demontiert wurden. Heute war der Reichstanzler der starke Mann, der aus dem vollen Vertrauen des Reichspräsidenten herausgehobelt. Morgen stand er unmittelbar vor dem Sturz, und es war nur die Frage, wie die Parteien „das Fell des Löwen“ unter sich verteilen. So ging es ohne Unterbrechung hin und her, in einer Atmosphäre von Unübersichtlichkeit, künstlicher Vernebelung und ständiger Alarmbereitschaft, wie wir sie seit langem nicht in Deutschland erlebt haben. Wer ging mit wem und mit wem ging wer? Auch der unterrichtete Politiker mußte zuletzt seine klare Antwort mehr. Die tollsten Gerüchte schwirten auf, und nicht nur das, sie wurden geglaubt. Keiner der führenden Männer in Deutschland blieb vor Verzerrungen seiner Ziele und seines Charakters, keiner vor Mißdeutungen und Beleidigungen bewahrt. Auch wenn wir einem neuen Wahlkampf entgegengehen, kann es nicht schlimmer kommen. Wir haben alle keine Etappen schon in allen Einzelheiten in diesen Tagen vorerlebt. Wir haben ihn im Extrakt durchgekostet. Um so berechtigter ist die Frage: Geht es wirklich nicht anders? Muß dieser ganze politische Wust, der mit einem Dunst von Fäulnis über den Niedern unseres nationalen Lebens liegt, noch einmal ausgebreitet werden? Kann man ihn nicht in der Erde vergraben und endlich einmal einen ebenen Boden schaffen, auf dem der Wiederaufbau unseres staatlichen Lebens, unserer Wirtschaft und unserer Kultur vorgenommen werden kann?

Man hat oft in diesen Tagen die Frage gehört: Um was haben wir eigentlich in allen diesen Jahren gekämpft? Wir haben von Jahr zu Jahr neue Millionen von Arbeitslosen auf der Passivseite unserer Haushalte gebucht. Wir haben Jahre kurzer trügerischer Aufschwünge mit schweren Gehalts- und Substanzverlusten, mit Lohnkürzungen und Konsumen bezahlt. Unsere Wirtschaftsführer haben ebenso zum Revolver gegriffen wie ihre entlassenen Arbeiter und Angehörigen. Wir haben mit dem Ausland in einem wahren Narzissenpiel von Argumenten und Gegenargumenten die Liquidierung des Krieges durchzusetzen gesucht, mit dem Erfolg, daß wir heute vor neuen schweren Verwicklungen stehen, daß Frankreich uns Militärsnoten ins Haus schießt, die wortwörtlich so klingen, wie längst fortgeworfene Papierfetzen der Vergangenheit. Und in all diesen Kämpfen haben wir noch immer nicht jene verlorene Einheit im Innern zurückerobert, die uns allein auf unseren weiteren Wegen helfen kann.

Es ist kein erfreuliches Gefühl, das das Chaos des heutigen Lebens in unseren Herzen begleitet. Es gehört schon eine Portion Selbstüberwindung und Mut dazu, um nicht vom Gel ergriffen zu werden und endgültig an der Zukunft unseres Volkes zu verzweifeln. Gerade in einem Augenblick, wo neue Entscheidungen, aber auch neue Verbündelungen und unter Umständen Schiebungen in Sicht sind, muß das einmal offen ausgesprochen werden. Die Politik hat sich in Deutschland so breit gemacht, daß man schon kaum mehr magt, gegen ihre Alleinherrschaft zu opponieren. Aber mit der politischen Taktik, dem politischen Dreh und Schwindel allein steigen wir auch nicht aufwärts. Der Geist unseres Volkes ist unspannender und größer als das Geistes, das in den politischen Büros und Winkeladvokaturen an seine Stelle gesetzt wird. Der Mensch in jedem von uns revoltiert gegen das Narzissenpiel und den Totentanz auf der politischen Bühne. Wir wollen, weiß Gott, endlich einmal Latein lesen, aber wirkliche Taten und keine Patenturrogate. Wir brauchen keine Verträge in der neuen Woche, wir brauchen Lösungen. Wir brauchen tragfähige Ansätze zum Bessermachen, Gedanken, zu denen wir alle Ja sagen können. Gibt man noch immer nicht, wie drohend und erbittert die Stimmen sind, die aus der Tiefe des Volkes zu den Schreibtischen und Klubesseln der Verantwortlichen emporzuschlagen? Die Zeit zum Rubbeln ist vorbei. Wer legt nicht ehrlich und auf weite Sicht das politische Steuer in die Hand nimmt, hat seinen Anspruch auf Führung für immer verwirrt. Das Gerede von Führerschaft löst heute keinen Hund mehr hinter dem Dien vor. Wo sind die Führer, die echten Führer? Wir warten auf sie. Sind sie wirklich ausgehorcht?

Die heutige Reichstagssitzung.

Berlin (Funkpruch.) Die zweite Sitzung des Reichstages beugnete beim Publikum wieder außerordentlich hartem Interesse. Schon in den frühen Morgenstunden hatten sich in der Umgebung des Reichstagsgebäudes Reutergierige angelagert, während am Portal v. eine Menschenmenge auf die Ausgabe von Tribünenkarten wartete, obwohl wenig Aussicht besteht, noch Karten zu erhalten. Auch der Anmarsch der Volksvertreter begann schon in den zeitigen Vormittagsstunden, da sämtliche Fraktionen vor dem Plenum Sitzungen abhalten. Als erstes Parteigremium begann der geschäftsführende Zentrumsvorstand seine Beratungen. Für 1 Uhr ist der Vorkonferenzrat des Reichstages einberufen, um die endgültigen Dispositionen für die Reichstagssitzung festzulegen.

In der Plenarsitzung, die um 3 Uhr beginnt, wird ausschließlich Reichstanzler von Papen die Regierungserklärung verlesen. Das Reichstagsamt tritt mittags nochmals zusammen, um eine letzte Durchsicht der Regierungserklärung vorzunehmen. Wie es heißt, wird die Erklärung des Kanzlers sehr ausführlich sein und mindestens eine Stunde in Anspruch nehmen. Sie soll eine umfassende Programmklärung der Regierung auf allen Gebieten der Innen- und Außenpolitik darstellen. Sicherlich wird der Kanzler auch auf die zwischen Nationalsozialisten und Zentrum schwebenden Verhandlungen mit dem Ziele einer Umbildung der Regierung eingehen und dabei die Auffassung des Reichspräsidenten vertreten, daß das gegenwärtige Präsidialkabinett im Interesse einer ruhigen Fortentwicklung unter allen Umständen erhalten werden soll. Nach den Vereinbarungen, die zwischen Nationalsozialisten und Zentrum am Sonnabend getroffen worden sind, soll die Ausdrucks über die Regierungserklärung am Dienstag beginnen. Ob diese Absicht aufrecht erhalten wird, hängt von der Lösung der Frage des Empfanges der Parteiführer durch den Reichspräsidenten ab. In dieser Frage herrscht zur Zeit ein großes Durcheinander. Nachdem der Reichspräsident die Parteien für Dienstag eingeladen hatte, wurde am Sonnabend auf Wunsch der Parteien eine Vorverlegung des Besuchs auf Montag vereinbart und kurze Zeit darauf wurden auch diese Dispositionen wieder umgekehrt und die Parteien wünschten den Empfang erst für Donnerstag. Es ist nicht zu verkennen, daß dieser wiederholte Wechsel der Wünsche der Parteien beim Reichspräsidenten eine gewisse Verwirrung hervorgerufen hat, so daß zur Zeit ein neuer Termin für den Empfang überhaupt nicht festgelegt worden ist.

In Berlin. In politischen Kreisen steht man der neuen Woche mit gespanntem Interesse entgegen, weil man von ihr die Entscheidung über die weitere innerpolitische Entwicklung erwartet. Am Anfang der Woche steht die Regierungserklärung, die der Kanzler heute Montag nachmittag im Reichstag abgeben wird. Den Sonntag über ist an ihr noch gearbeitet worden. Sie wird auch wohl erst Montag vormittag endgültig fertig geworden sein, da der außenpolitische Teil natürlich unter Berücksichtigung der französischen Note und der Nebenabgefaßt werden muß, die Herriot und andere Mitglieder des französischen Kabinetts gestern gefaßt haben.

Wenn die Dinge im Reichstag programmäßig verlaufen, schließt sich am Dienstag die politische Aussprache an, die man auf zwei, vielleicht drei Tage berechnet. Ein etwas verworrenes Vorspiel zur Parlamentstagung hatte die Frage des Empfanges der drei Fraktionsführer beim Reichspräsidenten geliefert. Die verschiedenen Mitteilungen, die hierzu am Sonnabend abend erschienen, hatten die Situation noch unklarer gestaltet. Von besonderer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang die halbamtliche Erklärung, in der ausdrücklich festgelegt wird, daß der Reichspräsident sich mit einer Vorverlegung des Empfanges auf einen Termin einverstanden erklärt habe, der der Kanzlerrede voranzugehen konnte. Damit wird die Bereitwilligkeit des Reichspräsidenten unterstrichen, den Terminwünschen der Parteien Rechnung zu tragen.

Gemeint ist wohl die Möglichkeit, daß die Regierungserklärung auch am Dienstag hätte abgegeben werden können, nachdem der Empfang am Montag nachmittag vorausgegangen wäre.

Nach einer Meldung vom Sonnabend abend, die ihren Ursprung im Reichstag hat, soll eine solche Verschiebung der Reichstagssitzung aber „aus technischen Gründen“ nicht möglich gewesen sein. Welcher Art diese technischen Gründe sind, ist nicht bekannt geworden. In gewissen politischen Kreisen steht man dem Grund für den Verzicht auf den Montagempfang darin, daß die Parteien jetzt befürchten, es könnte schon gleich nach dieser Aussprache ein vollständiger Bruch offenbar und damit die Auflösung des Reichstages beschleunigt werden.

Interessant ist, daß der Vorwärts in seiner Sonntagsausgabe bereits mit der Möglichkeit der Auflösung für Montag abend rechnet. Diese Auffassung ist bei normalem Ablauf der Entwicklung nicht richtig. Vielmehr glaubt man in politischen Kreisen, daß die Auflösung erst Mitte der Woche kommen wird, und zwar spricht die höchste Wahrscheinlichkeit für Donnerstag, immer natürlich vorausgesetzt, daß nicht aus dem Reichstag heraus Ueberforderungen austreten, die zu einer schnelleren Auflösung führen.

Der Kampf um den Reichstag

Eine Erklärung der Reichsregierung

Berlin, 11. September.

Amlich wird mitgeteilt:

In einigen Zeitungen wird die Möglichkeit unterstellt, daß die Reichsregierung in unaufrichtiger Weise die zum Ziele einer Verständigung gesuchte Aussprache beim Herrn Reichspräsidenten dazu benutzen wollte, um den Reichstag nachher (d. h. nach der Regierungserklärung) sofort aufzulösen, ohne ihm die Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

Diesen bisherigen Gepflogenheiten in befremdender Weise widersprechende Verdächtigung der Reichsregierung muß auf das Schärfste zurückgewiesen werden: Auf Wunsch mehrerer Mitglieder des Reichstagspräsidiums hatte der Herr Reichspräsident sich bereit erklärt, am Tage nach der Regierungserklärung Vertreter der Reichstagsfraktionen, die gemeinsam eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit bilden zu können glauben, zu einer Aussprache zu empfangen. Die Reichsregierung hatte diesen Wunsch bereitwillig befürwortet. Der Zeitpunkt dieser Aussprache war von den Parteien, die beim Herrn Reichspräsidenten vorstellig geworden waren, selbst gewählt worden. Er ist der Reichsregierung völlig gleichgültig. Ueber seine Zweckmäßigkeit sind nachher bei den obengenannten Parteien selbst Zweifel aufgetaucht, die zu mehrfachen neuen Bitten führten, die dem Herrn Reichspräsidenten zum Teil sogar durch die bereitwillige Vermittlung des Herrn Reichstanzlers vorgetragen wurden. Der Herr Reichspräsident hat sich auch zugleich mit einer Vorverlegung des Empfanges auf einen Termin, der der Regierungserklärung vorausgehen konnte, einverstanden erklärt.

Die Annahme ist irrig, daß die Reichsregierung durch vorzeitige Reichstagsauflösung eine politische Aussprache im Reichstag zu verhindern wünscht. Die Reichsregierung sieht vielmehr einer solchen Debatte mit großem Interesse entgegen, weil sie sich von ihr eine sehr nützliche Auffklärung des deutschen Volkes verspricht, und weil sie keine Möglichkeit ungenutzt lassen möchte, auch im Reichstag eine Mehrheit für ihr Programm zu finden.

Geschäftsordnungsanträge im Reichstag.

Berlin. (Funkpruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Reichstages aus parlamentarischen Kreisen hört, sollen in Verbindung mit der politischen Aussprache auch Anträge auf Aenderung der Geschäftsordnung, die von der nat.-soz. Reichstagsfraktion erwartet werden, beraten werden. Es handelt sich dabei u. a. um die Befreiung der Bestimmung, daß ein neugewählter Reichstag vom Alterspräsidenten eröffnet und bis zur Wahl des Präsidiums geleitet wird. In den Anträgen dürfte gefordert werden, daß die Eröffnung eines neuen Reichstages von dem bisher amtierenden Präsidenten vorgenommen wird.

Eine Erklärung des Reichswehrministers

Entgegen anderslautenden Gerüchten, die zur Zeit umlaufen, teilt Reichswehrminister von Schleicher mit, daß er nicht bereit ist, zu einer Verfühlung des Gedankens einer unabhängigen Präsidialregierung durch ein tatächlich von den Parteien gebildetes Kabinett die Hand zu bieten. Er betont, daß er es als eine Untreue gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten ansehen würde, wenn er irgendetwas unternehmen würde, was den Bestand des jetzigen Kabinetts gefährden könne.

Diese Erklärung des Reichswehrministers bezieht sich auf Gerüchte, wonach der Reichswehrminister bereit sein sollte, an die Spitze eines Kabinetts zu treten, das angeblich die Untertrügung der Nationalsozialisten und des Zentrums im Reichstag finden sollte.